

POLITIK & MACHT

Vom See zum Ozean: Trumps Kartographie der Macht

Vera Kastner · 6. September · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Er nennt es einen Triumph. Er nennt es Amerika. Und er sagt es mit der Selbstverständlichkeit eines Mannes, der glaubt, die Welt sei sein Notizbuch.

An einem Donnerstag im Oval Office unterzeichnete Donald Trump eine executive order, die den Lake Ontario in „Lake America“ umbtauft. „Official, effective immediately“, sagte er, als würde ein einziger Federstrich genügen, um vierhundert Jahre Geographie auszulöschen. Doch es bleibt nicht beim See. „Now all we need is an ocean“, fügte er hinzu, lächelnd, als handle es sich um eine Bemerkung beim Frühstück. Atlantik und Pazifik, so liest man zwischen den Zeilen, stehen als nächstes auf der Liste.

Es ist das Muster, das zählt. Am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit hatte Trump per Executive Order 14172 den Golf von Mexiko in „Gulf of America“ umbenannt. Nun also ein See. Bald zwei Ozeane. Die

Eskalation folgt einer klaren Logik: Was klein beginnt, wächst. Was wächst, wird Anspruch. Und Anspruch wird, sofern man ihn nicht prüft, zur Gewohnheit.

Dass ausgerechnet die Seneca Nation, deren Vorfahren den See seit Jahrtausenden sga:nyodai:yoh nennen – „schöner See“ –, sich gegen diese Umbenennung stellt, ist mehr als ein protokollarischer Akt. Präsident J. Conrad Seneca nannte die Anordnung „unpräsidential“. Das Wort ist höflich gewählt für das, was es beschreibt: einen Bruch des Vertrags von Canandaigua aus dem Jahre 1794, in dem George Washington den Seneca und anderen Haudenosaunee-Nationen „free use and enjoyment of our lands forever“ zusicherte. Artikel 6 der US-Verfassung, so Seneca weiter, erhebe diesen Vertrag in den höchsten Rang des nationalen Rechts. Ein Präsident, der mit einem Federstrich vierhundert Jahre Geschichte und einen gültigen Vertrag beiseite wischt, ist kein Visionär. Er ist ein Mann, der glaubt, dass sein

IN DIESER AUSGABE

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Brüssel zählt Patronen, Moskau schweigt

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

STARLINK HÄLT DIE LEINE: WER DEN SCHALTER DRÜCKT, HÄLT DEN

KRISEN & KONFLIKTE

KIEW VOR DEM ABGRUND — UND EUROPA ZÄHLT SEINE PARZELLEN

FINANZEN & WIRTSCHAFT

£7-Milliarden-Bühne: Bullen aus Washington, Bills aus London, Erbium aus

MIGRATION & ASYL

160 Notrufe aus dem Lager, das niemand betreten darf

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Karotten Statt Erklärung: Gatorades Stilles Geständnis

POLITIK & MACHT

Islands höfliche Rebellion: Das Nein, das niemandem den Rücken kehrt

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DIE DRITTE REVOLUTION BEGINNT IM STILLEN

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Stahl für Kiew, Schecks aus Berlin

KRISEN & KONFLIKTE

HEGSETHS STILLER KRIEG: WENN DAS PENTAGON SICH SELBST

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Selektive Gnade — wer die Fed zurücknimmt, wen sie hält

Schreibtisch über der Geschichte steht.

Die rechtliche Erosion ist dabei nur die eine Seite. Die andere ist die geopolitische. Wenn ein Staat beginnt, gemeinsame Gewässer unilateral umzubenennen, stellt sich die Frage nach den internationalen

Rechtsfolgen mit einer Schärfe, die in Washington offenbar niemand hören will. Was geschieht mit den Seehandelsrouten, deren Namen in Hunderten von Verträgen, Versicherungsdokumenten, Hafenregistern und Seekarten festgeschrieben sind? Was geschieht mit den Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen, die an Küstenlinien verlaufen, die nun plötzlich neu kartographiert werden sollen? Die Internationale Hydrographische Organisation, deren Register der Meeresnamen in der Seefahrt verbindlich ist, müsste sich äußern. UNCLOS, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, kennt keine unilateralen Umbenennungen gemeinsamer Gewässer. Ein amerikanischer Alleingang bei Atlantik und Pazifik wäre, diplomatisch formuliert, ein Erdbeben mittlerer Stärke. Und Erdbeben, das weiß man in Genf, hinterlassen Risse, die man später nicht mehr kitten kann.

Man darf fragen, wessen Interesse diese Eskalation tatsächlich dient. Arwa Mahdawi hat in diesen Tagen auf das Offensichtliche hingewiesen: Die Umbenennung ist nicht bloß ein Streich, sondern ein Ablenkungsmanöver. Iran, die Epstein-Akten, die sinkenden Zustimmungswerte – die Liste dessen, was nicht auf der Bühne stehen soll, ist lang. Dass die Trump-Administration am selben Tag, an dem sie Atlantik und Pazifik verbal ertaucht, im östlichen Pazifik ein Boot entert und versenkt – angeblich eine Drogen-Tankstelle –, fügt sich in dieses Bild wie ein Puzzleteil. Die Botschaft ist nicht neu, aber sie wird mit jeder Aktion lauter: Wer die Karte kontrolliert, kontrolliert die Erzählung.

Es bleibt die offene Frage, wohin das alles führt. Ein Präsident, der einen See umbenennt, kann dabei auf das Board on Geographic Names und Innenminister Doug Burgum zurückgreifen, wie die executive order es vorsieht. Ein Präsident, der einen Ozean ertauchen will, braucht mehr als ein Memorandum. Er braucht Verbündete, oder er braucht die Bereitschaft, unilateral zu handeln und die Konsequenzen zu tragen. Ob Trump bereit ist, diese Konsequenzen zu tragen, weiß niemand. Es ist auch nicht gesagt, dass er sie kennt. Männer, die in Genf Verträge unterzeichnet haben, die sie nicht halten wollten, haben

immer auch so getan, als wüssten sie nicht, was sie taten.

Was bleibt, ist das Muster. Ein See, der nicht mehr See heißt. Ein Golf, der nicht mehr Golf heißt. Bald zwei Ozeane, die nicht mehr Atlantik und Pazifik heißen sollen – zumindest auf den Karten einer Regierung, die glaubt, die Welt sei ihr Eigentum. Die Seneca haben es am klarsten formuliert: Das Land sei kein „political pawn“ im Spiel eines Mannes, der nicht einmal die Geschichte lesen kann, die er umschreibt. Vierhundert Jahre, heißt es, trägt der Name Ontari’io. Er kommt aus der Wendat/Huron-Sprache und bedeutet: „Der See ist schön, der See ist groß.“ Wer diesen Namen durch „America“ ersetzt, ersetzt nicht nur eine Silbe. Er ersetzt ein Versprechen.

Vera Kastner schreibt für die Terminal Tribune aus dem Niemandsland zwischen Politik und Gewissen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_0512_03210.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Brüssel zählt Patronen, Moskau schweigt

Oberstleutnant a.D. Hagen · 5. September · Dossier



Meine Damen und Herren, das ist kein Friedensprozess. Das ist Buchführung mit Kalibern.

Russland sagt nein. Verhandlungen mit der Ukraine? Nicht auf der Tagesordnung. Während in Brüssel die NATO-Außenminister Milliarden sortieren, schweigt der Kreml – oder lässt Steve Witkoff schweigen. US-Außenminister Marco Rubio sagt seinen Termin ab. Das hat zwei mögliche Lesarten: politischer Lärm in Washington, oder Moskau hat das Angebot, das es wollte, längst bekommen. Beides ist kein gutes Zeichen für Kiew.

Die NATO hat sich geeinigt: jeden Monat mindestens eine Milliarde Dollar aus US-Produktion. Abfangraketen, offensive Systeme. Fünfzehn Milliarden im Gespräch.

Deutschland legt zweihundert Millionen drauf, kauft gemeinsam mit Polen, Norwegen und den Niederlanden. Außenminister Wadepul nennt das die bestmögliche militärische Lage für Verhandlungen. Wer so redet, will keine Verhandlungen. Der will Hebel.

Und die Ukraine? Die Ukraine redet nicht. Die handelt. Drohen tief ins russische Hinterland. Angriff auf St. Petersburg. Nachschubrouten gekappt. Ziele auf der Krim – darunter ein historisches Museum. Man nennt das asymmetrische Eskalation. Ich nenne es: jemand hat zugeschlagen, während die Diplomaten ihre Pressemitteilungen schreiben.

Drohnen dominieren das Feld. Das verschiebt die nächste Wette: auf Abwehrsysteme. Die sind teuer, brauchen Jahre, und niemand liefert sie über Nacht. Wer heute Drohnenschutz bestellt, kauft sich die Lufthoheit von morgen – oder bleibt ohne.

Dann Bulgarien. Rumen Radev, neuer Ministerpräsident, ein Kritiker der EU-Linie zur Ukraine, fordert Verhandlungen statt Munition. Sofia war jahrelang einer der größten Lieferanten für Waffen und Munition sowjetischen Kalibers an Kiew. Wenn Radev die Schleusen drosselt, ändert das die Rechnung an der Donau. Dann fehlt genau das Kaliber, das in Kiew noch in jedem zweiten Mörser liegt. Das ist kein innenpolitisches Signal aus Sofia. Das ist ein Lieferkettenproblem.

Brüssel liefert nach. Moskau schweigt. Kiew schlägt zu. Sofia rechnet nach. Russland lehnt ab. Wer profitiert? Die Rüstungsfabriken in mindestens drei Zeitzonen. Wer verliert? Die Soldaten in den Schützengräben, deren Kaliber nicht mehr geliefert wird.

So sieht der Winter aus, wenn niemand verhandeln will.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_0517_03169.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

STARLINK HÄLT DIE LEINE: WER DEN SCHALTER DRÜCKT, HÄLT DEN KRIEG

Ada Voss · 11. September · Dossier



Die Drähte summen. Auch wenn die Frequenz heute Satellit heißt und nicht mehr Morse – das Prinzip bleibt dasselbe: Wer den Schalter hält, hält den Krieg.

Die Ukraine führt einen Drohnenkrieg, der die Welt verblüfft. Tausende Hornet-Drohnen der US-Firma Perennial Autonomy sind im Sommer gestartet worden. Jede trägt bis zu fünf Kilogramm Sprengstoff, erreicht fünfzig bis hundertfünfzig Kilometer, kostet siebentausendfünfhundert bis zehntausend Dollar. Die ukrainische Erfolgsquote: angeblich mindestens sechzig Prozent, vierzig Prozent direkte Treffer, fünfzehn Prozent gestört oder abgeschossen. Das sind die offiziellen Zahlen. Welche die tatsächlichen sind, bleibt im Nebel – und genau das ist der erste Hinweis.

Aber die wahre Geschichte steckt nicht in den Erfolgen. Sie steckt in der Leine.

Denn die Steuerung dieser Angriffe hängt am Tropf amerikanischer Infrastruktur – konkret an Starlink-Terminals von SpaceX. Ohne Starlink müssten die Teams wieder Funkverbindungen berechnen, Relaisdrohnen einsetzen, Antennen ausrichten. Das Videobild bleibt mit Starlink stabil bis kurz vor den Einschlag. „Es vereinfacht alles“, sagt ein ukrainischer Offizier namens Jura. Dieses „alles“ ist ein Geschenk auf Widerruf.

Die Frage, die in keiner Siegesmeldung steht, stellen ukrainische Offiziere selbst: „Was, wenn Elon Musk oder jemand bei SpaceX es abschaltet?“ „Viele meiner Kollegen, und auch ich, sind sehr nervös, wie wir ohne Starlink arbeiten würden.“ Das ist das Eingeständnis einer Souveränität, die über Nacht verschoben werden kann. Wer den Knopf drückt, weiß nicht, ob der Knopf ihm gehört.

Die Ukraine trifft mit ihren Drohnen Treibstofflager, Stromnetze und Logistik tief in Russland. Auf der Krim fiel der Strom tagelang aus, in Moskau bildeten sich Schlangen an Tankstellen. Zwischen

dem siebzehnten und zweiundzwanzigsten August trafen unbemannte Fluggeräte siebenundzwanzig Energieknoten auf der Krim und in besetzten Gebieten. Seit Juli wurden zweihundertzweiundvierzig Schiffe der sogenannten Schattenflotte attackiert. Einige in der Ukraine gebaute Langstreckendrohnen erreichen inzwischen Ziele in dreitausendfünfhundert Kilometern Entfernung. Das ist keine Grenzscharmützel mehr. Das ist Strategie mit Langarm.

Aber jeder dieser Arme ist verkabelt mit Hardware, deren Stecker in Texas sitzt. Starlink-Terminals, Hornet-Drohnen, Patriot-Abwehrsysteme, von denen Selenskyj zuletzt dreihundert Flugkörper für den Winter forderte. Dreihundert Flugkörper, gebaut in amerikanischen Werkshallen, verladen in amerikanischer Logistik, geliefert mit amerikanischer Lizenz. Wer hier noch von reiner „Hilfe“ spricht, sollte das Wort „Leine“ mitbuchen.

Die USA haben ihre Operationen am siebenundzwanzigsten Februar aufgenommen – der Tag, an dem Starlink-Terminals erstmals ukrainisches Territorium erreichten. Seitdem gilt auf dem Schlachtfeld: Ohne das amerikanische Netz geht wenig bis nichts. Was als Solidarität verkauft wird, ist in der Hardware eine Kontrollarchitektur. Hinter jedem Lächeln der Solidarität liegt ein Schalthebel.

Die Geschichte kennt das Muster. Der Iran hat in der Vergangenheit Flughäfen in den Golfstaaten angegriffen, Vergeltung provoziert, Gegenangriffe ausgelöst. Die Spirale ist altbekannt. Was wir hier sehen, ist die Lehrstunde einer neuen Kriegsführung: Die Souveränität über die Waffe liegt nicht mehr bei der Armee, die sie abfeuert – sondern bei dem Konzern, der das Netz betreibt.

Wer zahlt den Preis? Nicht Washington. Nicht Austin, Texas. Der ukrainische Soldat, der heute ein Signal empfängt, das morgen Stille sein kann. Die ukrainische Zivilbevölkerung, deren Stromnetze und Häfen zur Manövriermasse einer Geopolitik werden, die sie nicht gewählt haben. Die russische Zivilbevölkerung jenseits der Linie, deren Raffinerien brennen. Am Ende zahlen alle, nur nicht jene, die das Netz besitzen.

Was bleibt offen? Die genaue Zahl der im Einsatz befindlichen Starlink-Terminals. Die Aufteilung zwischen US-produzierten und ukrainisch gefertigten Drohnen unter den „Tausenden“ Starts. Die tatsächlichen Verlustzahlen auf beiden Seiten. Die offiziellen ukrainischen Angaben sprechen von fünfzehn Prozent Störung oder Abschuss, aber das ist nur die halbe Rechnung. Die russische Seite schweigt oder prahlt, je nach taktischer Notwendigkeit. Solange diese Zahlen im Dunkel liegen, bleibt auch das Ausmaß der Abhängigkeit eine Schätzung – und Schätzungen sind das Lieblingswerkzeug jener, die keine Kontrolle abgeben wollen.

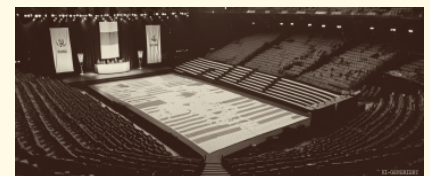
Die Drähte summen. Aber wer schaltet sie ab? Das ist die Frage, die zwischen den Zeilen der Sondergesandten-Gespräche in Kiew nicht gestellt wird. Sollte sie aber.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260911_1721_03430.html

KRISEN & KONFLIKTE

KIEW VOR DEM ABGRUND — UND EUROPA ZÄHLT SEINE PARZELLEN

Jack Morrison · 8. September · Dossier



Zweihundertsechszwanzig Stimmen. Benötigt. Nicht bekommen. Hundertvierundneunzig waren es am Ende — gezählt, nicht ausreichend. Dienstag, kurz nach Mittag. Saal im Kiewer Parlament. Draußen, sechster Tag in Folge, russische Angriffe auf die Hauptstadt.

Premier Sergii Korytskiy steht am Pult und sagt den Satz, den kein Reporter vergessen wird: „Wir haben 30 Milliarden Dollar. Das ist die Summe, die wir von unseren Partnern erhalten können und sollten — dieses Jahr. Vorausgesetzt, wir erfüllen die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind.“ Er weiß, was das Parlament in diesem Moment tut. Er weiß, dass die IMF-Mission im Land sitzt. Er weiß, dass 27 Milliarden Dollar allein an Verteidigungs-

defizit in den Büchern stehen.

Hinter der Bühne: Danylo Hetmantsev, Vorsitzender des Finanzausschusses. Seine Zahl — vier Milliarden Euro, angeblich verloren aus EU- und IMF-Tranchen — posaunt er auf Telegram in die Nacht. Auf welcher Grundlage? Unklar. Was er sagt, ist klar: „Eine finanzielle Katastrophe steht nicht vor der Tür. Sie ist bereits im Raum.“

Paketsteuer. Klingt nach Beamtenlatein. Ist es nicht. Pakete unter 150 Euro fluten derzeit zollfrei ins Land. Zehn Milliarden Hrywnja — knapp 230 Millionen Dollar — sollen sie einbringen, jährlich. Klingt wenig. Ist nicht wenig. Denn ohne diesen Hebel fließt nichts aus Brüssel, nichts aus Washington. Die Reformkette, an deren Gliedern das Parlament sägt, ist die Reformkette, an deren Gliedern das Überleben hängt.

Die Abgeordneten, die mit Nein stimmen, reden von den Müttern, die billige Sendungen aus dem Ausland bestellen. Von der Lebenshaltung der Müden. Andere reden vom Schutz heimischer Produktion. Beide reden vom Volk. Niemand redet vom Defizit. Niemand redet davon, was im November, im Januar, im März gezahlt werden muss.

Draußen, in Dublin, tagen zur selben Zeit die EU-Minister. Quelle A berichtet: keine Einigung zu Sanktionen gegen israelische Siedlungen. Quelle B berichtet: eine Mission wird angekündigt. Beides steht in derselben Schlagzeile. Beides widerspricht sich. Was bleibt, ist ein Block, der sich nicht entscheiden kann, ob er Güter aus Siedlungen mit einem Stempel versieht oder nicht. Was bleibt, ist ein Block, der in derselben Woche entscheiden soll, wie viel Geld nach Kiew fließt.

Über dem Kanal, in London, laufen derweil Waren aus israelischen Siedlungen zollfrei in die Königreichshäfen. Während Brüssel debattiert, öffnet das Vereinigte Königreich die Tore. Das ist kein Zufall. Das ist eine Linie. Eine, die sagt: Prioritäten sind nicht die Euren.

Wer profitiert? Wer verschweigt? Die Architektur, die Kiew am Dienstag fallen lässt, hat zwei Säulen. Säule eins: ein Binnenmarkt, der sich gegen ein paar Euro Zoll auf ein Paket aus dem Ausland wehrt.

Säule zwei: ein Außenblock, der sich nicht einigen kann, was schwerer wiegt — ein Etikett auf einem Siedlerprodukt aus der Westbank oder eine Milliarde Dollar für eine Frontstadt. Die Kiewer Abgeordneten retten die Lebenshaltung der Ihren. Die EU-Minister retten das Gesicht der Ihren. Alle retten etwas. Niemand rettet Kiew.

Unklar bleibt, wer in Brüssel eigentlich mit welcher Stimme spricht. Unklar bleibt, nach welchem Schlüssel entschieden wird, ob die nächste Tranche fließt oder stockt. Unklar bleibt, welche Telefonate zwischen Dublin, Tel Aviv und Washington parallel zu jenen zwischen Kiew und dem IWF laufen. Die Antworten kommen aus Dublin nicht. Sie kommen aus Kiew auch nicht. Sie kommen aus dem Spalt zwischen den Worten, die niemand ausspricht.

Es ist spät geworden. Das Licht aus dem Café unten fällt auf meine Schreibmaschine. Evelyn singt etwas Langsames, das ich nicht verstehe. In Kiew zählt jemand die Stunden bis zum nächsten Bombenhagel. In Brüssel zählt jemand die Tage bis zur nächsten Sitzung. Die Uhr, die für die Ukraine tickt, tickt nirgendwo sonst.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260908_0514_03282.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

£7-Milliarden-Bühne: Bullen aus Washington, Bills aus London, Erbium aus Peking

Ezra Wolff · 7. September · Dossier

London. Die Zahl steht in der Zeitung, bevor sie auf der Rechnung steht: sieben Milliarden Pfund. So hoch werden die Energieschulden britischer Haushalte bis Jahresende sein. Im Juni waren es sechs. Der Preisdeckel klettert im Oktober auf ein Drei-Jahres-Hoch. Einen Tag, nachdem Andy Burnham in Downing Street einzog, kündigte er an, die Mehrwertsteuer auf Strom zu senken — eine Geste, großzügig wie ein Handschlag vor der Hinrichtung. Die Erhöhung des Deckels, befeuert von dem, was im Nahen Osten geschieht, frisst den Steuernachlass vollständig auf. Miatta Fahnbulleh spricht vom Übergang, von

sauberer Zukunft, von Wind und Sonne. Worte, die im Winter 2026 nicht heizen.

Denn der Nahe Osten hat einen Anfang, und der liegt in Washington. Am 27. Februar haben die Vereinigten Staaten begonnen. Iran hat geantwortet. Was als militärische Operation begann, wirkt heute als globale Heizkostenmanipulation: Wer den Ölpreis drücken will, drückt die Weltwirtschaft in die Rezession. Wer ihn hoch halten will, lässt die Raffinerien brennen. Beide Strategien haben denselben Empfänger — die Bilanzen der Energiekonzerne und die Margen der Händler in London und Singapur. Wer das Geschäft versteht, versteht auch, warum der Preisdeckel in Whitehall drei Jahre nach oben klettert und gleichzeitig die Mehrwertsteuer fällt.

Hinter der Bühne, in Washington, sitzt Scott Bessent. Einst Zögling von George Soros, heute Schatzmeister eines Präsidenten, der Staatsgewalt benutzt, um seine eigenen Leihkosten zu senken und allen anderen die Rechnung zu erhöhen. Fünfzig Prozent Zoll auf zwanzig Milliarden kanadischer Waren, dann auf Autos, Stahl, Teile. Wer mit Iran Geschäfte macht, fliegt aus dem US-Finanznetz. Der Präsident, der seine Macht so oft als Waffe einsetzt, riskiert, dass andere aufhören, sich auf sie zu verlassen. So steht es im Leitartikel einer Zeitung, die ich nicht zitieren muss, damit der Satz wirkt.

Dann der Griff nach dem Anleihemarkt. Die langen Renditen steigen, weil Trumps Zölle, sein Krieg und seine Steuerpolitik für die Reichen die Inflation hochtreiben. Bessent tritt auf, kauft eigene Staatspapiere, drückt die Zinsen — und kaschiert damit das Eingeständnis, dass die eigene Politik gescheitert ist. Dieselbe Geste, nur in größer: Was Burnham mit der Mehrwertsteuer versucht, versucht Bessent mit dem Treasury. Beide erzeugen eine Illusion von Stabilität. Beide werden an der nächsten Quartalsrechnung gemessen werden. Wer im Oktober noch einen Deckel glaubt, hat die Mechanik nicht begriffen.

Doch der wahre Hebel sitzt nicht in Washington und nicht in London. Er sitzt in Peking. China kontrolliert etwa siebzig Prozent des weltweiten Abbaus Seltener Erden und neunzig Prozent der Weiterverarbeitung. Diese Zahlen sind keine Statistik. Sie sind eine Geisel. Im vergangenen

Jahr hat Peking Trump nicht mit Gegenzöllen in die Knie gezwungen, sondern mit einer Drosselung der Exporte Seltener Erden. Der Waffenstillstand im Handelskrieg ist auf ein Jahr angelegt — er läuft im November aus. Der Preis für Erbium, jenes Metalls, das in jeder modernen Kommunikations-Infrastruktur steckt, ist bereits gestiegen, weil die Märkte wissen, was im November kommt.

Im Februar hat die Trump-Regierung angekündigt, zwölf Milliarden Dollar in eine Reserve Seltener Erden zu stecken — ein Manhattan-Projekt, wie Beamte sagen. Das Pentagon wurde zum größten Einzelinvestor beim US-Förderer MP Minerals. Die Ironie, die keiner ausspricht: US-Seltenerd-Metalle fließen weiterhin nach Asien, weil der heimische Markt die Mengen nicht aufnimmt. Wer hier von Unabhängigkeit spricht, hat die Lieferketten nicht gesehen. Der Markt ist taub gegen Pressekonferenzen.

Hier schließt sich das Dreieck. Trump senkt seine Zinsen, während er die der Welt erhöht. Trump erhöht die Energiekosten, während er mit Krieg droht. Trump untergräbt das Vertrauen in den Dollar, während er Verbündete erpresst. Und China hält den Stoff, ohne den kein Windrad dreht, kein Elektroauto fährt, keine Lenkwaffe fliegt. Der britische Haushalt sitzt zwischen diesen drei Polen, mit einer Mehrwertsteuer, die der Deckel auffrisst, einer Inflation, die Bessent nicht bündigt, und einer Preisspanne, die Peking im November neu ziehen wird. Unklar bleibt, ob Whitehall überhaupt eine Karte hat, die nicht schon auf dem Tisch liegt.

Wer profitiert? Unklar bleibt, wer an dieser Konstruktion verdient — die Zinshändler in der City, die Energieversorger mit still angepassten Margen, die Hedgefonds, die längst auf den Erbium-Preis gewettet haben, die Rohstoffhändler zwischen Singapur und Rotterdam, deren Namen in keinem Leitartikel stehen. Wer verschweigt? Die Regierung in London, die mit dem warmen Licht der Pressekonferenz blendet, statt mit der Zahl auf dem Kassenbon. Was trägt diese Struktur? Die Annahme, dass der andere nachgibt. Trump setzt darauf, dass Kanada einknickt. Peking setzt darauf, dass Trump im November nachgibt. Burnham setzt

darauf, dass der Wähler im nächsten April vergisst, wer im Winter das Licht ausgemacht hat.

Drei Wetten. Eine Rechnung. Sieben Milliarden Pfund. Der Leser, der dies liest, weiß: Die Bücher sind nicht ausgeglichen, und das war nie ein Versehen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260907_0054_03239.html

MIGRATION & ASYL

160 Notrufe aus dem Lager, das niemand betreten darf

Marta Silber · 10. September · Dossier

1937. Die Grenzen werden dichter. Ich zähle die Menschen davor.

Heute zähle ich Notrufe. 160 an der Zahl. Aus einem Lager, das niemand betreten darf.

Camp East Montana. Boden der Fort Bliss Army Base in El Paso, Texas. Eine Militäranlage, die zur Falle wurde. Washington wollte hier das Modell zeigen — die Blaupause für Massenabschiebungen unter Trump. Was entstand, ist ein Ort, an dem Menschen leiden und sterben, ohne dass jemand zur Verantwortung gezogen wird.

Drei Männer starben zwischen Dezember 2025 und Januar 2026. Einer hieß Geraldo Lunas Campos. 55, Kubaner, Vorgesetzte mit psychischer Erkrankung. Er hatte mehrfach um Hilfe gebeten. Akten zeigen: Das Personal wusste, dass er in eine Einrichtung mit besserer psychiatrischer Versorgung verlegt werden musste. Das Personal sagte, man arbeite daran. Das Personal verlegte ihn nicht.

Am 3. Januar starb Lunas Campos nach einem Handgemenge mit Wärtern um seine Medikamente. Der Leichenbeschauer wertete den Tod als Homicide. Zuerst hieß es aus Washington, medizinische Notlage. Wochen später räumte das Heimatschutzministerium ein: Wärter hatten Gewalt angewendet, um ihn am Suizid zu hindern.

Gewalt, um zu helfen. So nennen sie das.

Die Aufnahme vom 12. September 2025, 14 Uhr 50. Eine Krankenschwester spricht mit dem Notruf. Im Hintergrund: je-

mand, der stöhnt und schreit. Wir haben einen Patienten in der Zelle, der suizidal ist, einen Fremdkörper geschluckt hat und unsere medizinische Grundversorgung verweigert. Der Mann winde sich auf dem Boden, könne nicht mehr sprechen, halte sich den Bauch. Das Röntgen zeigt den Fremdkörper. Wir müssen ihn nur ins nächste Krankenhaus bringen, damit die feststellen können, ob das Objekt in seinem System ist, und es möglicherweise entfernen.

Nur. Ein Wort wie ein Hieb.

ProPublica und die Texas Tribune haben die Aufnahmen über öffentliche Aktenanfragen beschafft. Reporter werden nicht eingelassen. 160 Anrufe in sechs Wochen. Kein Einzelfall. Routine. System.

Das Heimatschutzministerium sagt: umfassende medizinische Versorgung, einschließlich psychischer Versorgung. Zu den konkreten Vorwürfen kein Kommentar. Die Vorwürfe seien categorically false. Kategorisch. Das Wort fällt wie ein Vorhang.

Wer profitiert? Wer schweigt? Welche Struktur trägt das?

ICE hat Camp East Montana gerade verlängert — mindestens bis zum 30. September 2027. Das Lager bleibt offen. Nicht trotz der Toten. Mit ihnen.

Unterdessen wächst das Netz. In San Antonio ersteigert das Heimatschutzministerium im Februar ein Lagerhaus mit mehr als 600.000 Quadratmetern Fläche, bezahlt 66 Millionen Dollar. Im August vergibt es einen Auftrag über 17,3 Millionen Dollar an GardaWorld Federal Services. GardaWorld baut um. GardaWorld betreibt. GardaWorld versorgt. Bis zu 1.500 Häftlinge. Ein privates Sicherheitsunternehmen, das mit Steuergeldern bezahlt wird, um Menschen wegzusperren.

Der Stadtrat versucht zu prüfen, zu zögern. Fünf Mitglieder beantragen eine Umweltverträglichkeitsstudie. Ratsmitglied Jalen McKee-Rodriguez schreibt: Bau und Betrieb einer großen Haftanstalt könnten San Antonios Versorgungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Gesundheitssysteme erheblich belasten. Bürgermeisterin Gina Ortiz Jones hatte im April bereits an Minister Markwayne Mullin geschrieben:

Meine Gemeinde will diese Einrichtung nicht. Der Brief blieb ohne Wirkung.

Zwei Städte. Zwei Lager. Ein Muster.

Zurück nach El Paso. Zurück zu Geraldo Lunas Campos. Zurück zu den 160 Anrufen. Was ich höre, ist kein Versagen. Es ist eine Architektur. Militärbasen, die zu Schutzhaft werden. Private Firmen, die davon leben. Behörden, die kategorisch sagen und sonst schweigen.

Wer jetzt noch behauptet, er habe nichts gewusst, lügt. Wer jetzt noch sagt, es handle sich um Einzelfälle, lügt. Wer jetzt noch sagt, das System funktioniere, lügt.

Ich sitze hier und denke an Wien. An Formulare, die ich ausgefüllt habe. An Familien, die auseinandergerissen wurden. Es war nie so weit weg, wie ich dachte. Es war nur eine andere Sprache für dasselbe.

Der Koffer unter dem Schreibtisch steht bereit. Nicht für mich. Für alle, die gehen müssen, wenn das hier nicht aufhört.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260910_0907_03376.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

Karotten Statt Erklärung: Gatorades Stilles Geständnis

Prof. Kessler · 7. September · Dossier

1937. Die Wissenschaft verspricht viel. Ich notiere.

Es gibt Geschichten, die beginnen mit einer Karotte. Nicht mit einer These, nicht mit einer Statistik – mit einem Wurzelgemüse, das plötzlich dort auftaucht, wo vorher ein Laborbericht hätte stehen müssen. Und weil ich dreißig Jahre lang Laborberichte gelesen habe, weiß ich: Wo ein Bericht fehlt, beginnt die Ermittlung.

Die mir vorliegende Information ist karg. Ein einziger Hinweis, weitergegeben in einer Bar am späten Abend, von jemandem, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte. Karotten seien verwendet worden, sagt die Quelle, als Antwort auf ein Problem. Das Problem betrifft Gatorade. Und es betrifft Robert F. Kennedy Jr. – jenen Mann, dessen Verhältnis zu industriell gefertigten Sportgetränken in Washington längst als „angepannt“ gilt,

was eine höfliche Umschreibung ist für das, was man früher „Kreuzverhör“ nannte.

Ich notiere, was ich habe. Ich notiere vor allem, was ich nicht habe.

RFK Jr., in seiner Rolle als Gesundheitspolitiker mit missionarischem Eifer, hat wiederholt die Inhaltsstoffe von Gatorade kritisiert: Farbstoffe, Süßstoffe, Elektrolytkonzentrate, deren Zusammensetzung an das erinnert, was man in meinem alten Institut als „trinkbare Hypothese“ bezeichnet hätte – also eine Annahme, die flüssig genug ist, um sie zu schlucken, bevor man die Beweise prüft. Gatorade, ein Produkt von PepsiCo, ist ein Symbol dieser Industrie. Es ist das Getränk, das den menschlichen Körper als chemische Apparatur behandelt und ihn mit dem versorgt, was die Werbung „Leistung“ nennt. Kennedy nennt es, je nach Tagesform, eine Frecheit.

Was also geschieht, wenn ein Getränk, das einst für Athleten entwickelt wurde und längst zum Alltagsbegleiter geworden ist, unter politischen Druck gerät? Man könnte die Rezeptur ändern. Man könnte Forschung betreiben. Man könnte – und hier beginnt das Interessante – die Aufmerksamkeit auf etwas anderes lenken.

Karotten.

Die Karotte ist das perfekte Alibi. Sie ist orange, also unschuldig. Sie ist ein Naturprodukt, also moralisch einwandfrei. Sie enthält Elektrolyte, also funktional. Sie schmeckt süß, also markttauglich. Und sie hat einen Vorteil, den kein Laborbericht der Welt bieten kann: Man muss ihre Zusammensetzung nicht offenlegen. Eine Karotte hat keine Zutatenliste. Eine Karotte hat keine Patentnummer. Eine Karotte lässt sich nicht in einer Anhörung vorladen.

Meine Quelle sprach von einer „Lösung“. Ich frage mich, ob das Wort hier korrekt gewählt ist. Eine Lösung ist in der Chemie ein homogenes Gemisch. In der Politik ist eine Lösung ein Kompromiss, der niemanden befriedigt. In der Wirtschaft ist eine Lösung ein Produkt, das ein anderes ersetzt, ohne zuzugeben, warum.

Wer also profitiert? Gatorade profitiert, weil der Druck aus Washington leiser

wird. Karottenbauern profitieren, weil plötzlich eine neue Nachfrage entsteht – wobei offen bleibt, ob diese Nachfrage real ist oder nur ein PR-Strohfeuer, das in sechs Monaten verglüht. Kennedy profitiert, weil er sagen kann: „Seht ihr, es geht auch ohne.“ Die Verbraucher dagegen bleiben im Unklaren, denn eine Karotte ersetzt kein Molekül – sie ersetzt eine Erklärung.

Was mich stört, ist das Schweigen. Wenn Karotten tatsächlich als Antwort auf ein konkretes Problem mit Gatorade und der Politik Kennedys dienen, warum höre ich dann keine Pressekonferenz? Warum keine Stellungnahme von PepsiCo, keine Fachpublikation, keine peer-reviewte Studie, die belegt, dass Karotten in irgendeiner Weise das leisten, was ein Elektrolytgetränk leistet? Stattdessen: eine einzige Quelle, ein anonymer Hinweis, und die vage Hoffnung, dass die Karotte als Sündenbock taugt.

Dreißig Jahre Forschung haben mich eines gelehrt: Wenn ein Akteur ein neues Narrativ auf den Markt wirft, ohne die alte Erzählung zu widerlegen, dann geschieht eines von zwei Dingen. Entweder die neue Erzählung ist besser belegt – oder sie ist nur besser inszeniert. Im Fall der Karotte, soweit ich es derzeit beurteilen kann, trifft vermutlich Letzteres zu.

Meine Pfeife ist kalt. Das ist der Moment, in dem ich misstrauisch werde.

Ich bleibe dran. Denn die entscheidende Frage ist nicht, ob Karotten in irgendeinem Rezept eine Rolle spielen. Die entscheidende Frage ist, was am Tag danach geschah. Wer saß am Tisch, als die Entscheidung fiel? Welcher Lobbyist schrieb die Pressemitteilung? Und vor allem: Was wurde aus dem Problem, das die Karotte angeblich lösen sollte – wurde es gelöst oder nur zugedeckt?

Die Antwort liegt irgendwo zwischen Washington und einem Feld. Was geschah dort am nächsten Morgen, als die Sonne aufging und niemand mehr über Möhren reden wollte?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260907_1712_03264.html

POLITIK & MACHT

Islands höfliche Rebellion: Das Nein, das niemandem den Rücken kehrt

Vera Kastner · 6. September · Dossier

Fünfundzwanzig Komma zwei zu Siebenundvierzig Komma zwei. Eine Zahl, die in Brüssel wie eine kleine Kapitulation klingt und doch das Gegenteil ist: das Protokoll einer souveränen Übung. Island hat mit jenen 52,8 Prozent gegen die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsgesprächen gestimmt und damit jenen Illusionisten auf dem Kontinent eine Absage erteilt, die glaubten, eine Insel im Nordatlantik lasse sich in die Maschinerie der Erweiterung einspeisen wie ein Kandidat aus dem Westbalkan oder Osteuropa. Wer so rechnet, hat die Karte nicht gelesen, auf die er setzt.

Natürlich ist es ein Schlag für Brüssel — so viel Geständnis sei dem Haus gemacht. Man hatte sich in den Fluren des Berlaymont ein Island zurechtgelegt, das dem Erweiterungsmomentum der erschöpften Union neuen Sauerstoff hätte zuführen sollen: klein, stabil, wohlhabend, strategisch postiert in einer Arktis, die sich zwischen Washington, Moskau und Peking neu verteilt. Die Erweiterungsmüden in den Hauptstädten — jene, die seit Jahren das Lied vom Ende der Aufnahme-fähigkeit singen — bekommen mit dem isländischen Votum ein neues Argument geschenkt. Marine Le Pen sprach bereits von einem Europa „freier, souveräner Nationen“, und Nigel Farage, dieser ewige Animateur britischer Ressentiments, gratulierte den Isländern, „ihre Unabhängigkeit bewahrt“ zu haben. Es ist das alte Spiel, bei dem jede Wahlurne in Europa reflexhaft nach Westminster sortiert wird.

Doch Island ist nicht Großbritannien. Es ist nicht einmal Norwegen. Es ist auch nicht die Schweiz. Wer behauptet, dieses Votum sei ein Brexit aus dem Nordatlantik, hat — diplomatisch formuliert — die Akte nicht gelesen. Die Isländer haben nicht für Isolation gestimmt, nicht für das Zerreißen von Verträgen, nicht für irgendeine Phantasie von „Take Back Control“. Sie haben für die Erhaltung einer Bezie-

hung gestimmt, die in ihrer Präzision und ihrer Asymmetrie beispiellos ist im europäischen Gefüge.

Betrachten wir das Konstrukt. Island ist Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und des Schengen-Raums. Es akzeptiert die Freizügigkeit von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen. Seine Märkte — Finanzdienstleistungen, Energie, Transport — werden nach EU-Recht reguliert. Seine Sozial- und Umweltstandards sind die der Union. Etwa fünfundsiebzig Prozent der EU-Gesetzgebung fließen in isländisches Recht ein, ohne dass Reykjavik in Brüssel sitzt, ohne dass Reykjavik mitstimmen darf. Es ist die eleganteste Form der Assoziation, die das europäische Vertragswerk kennt: voller Marktzugang ohne volle Mitgliedschaft, Souveränität über Fisch und Energie, Mitsprache dort, wo sie nötig ist, Distanz dort, wo sie gewollt ist. Man nimmt sich, was einem nützt, und verweigert sich dort, wo es einen bindet.

Diese Architektur — und hier beginnt der ermittelnde Blick — wurde in den vergangenen Jahren unter einem Druck getestet, der die Karte des Nordatlantiks neu zeichnet. Die wiederholten Drohungen aus Washington, Grönland unter wirtschaftlichem oder militärischem Vorwand an sich zu ziehen, haben die Frage nach europäischer Schutzgarantie mit einer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt, die in Reykjavik nicht überhört werden konnte. Der NATO-Generalsekretär Mark Rutte handelte schließlich einen Rahmenvertrag aus, der den USA erweiterten Zugang zum dänischen Territorium sicherte — ein Geschäft, das Islands strategische Verwundbarkeit wie unter einer Lupe sichtbar machte. Das Votum, das vor diesem Hintergrund stattfand, war daher niemals eine kosmopolitische Prinzipienfrage. Es war eine kühle Kosten-Nutzen-Rechnung im Schatten einer Großmacht, die ihre Nachbarn nicht mehr als Verbündete, sondern als Verfügungsmasse zu behandeln beginnt.

Wer profitiert also von diesem Nein? Auf den ersten Blick Brüssel nicht. Auf den zweiten Blick: niemand, der in den herkömmlichen Kategorien denkt. Island profitiert — von der Erhaltung eines Status, der ihm die Vorteile des Binnenmarktes si-

chert, ohne die Souveränität über die Fischgründe aufzugeben, ohne die Pflicht zur Angleichung in Bereichen, die seine Identität definieren. Die EU profitiert — leise, ungern eingestanden — von einem Modell, das beweist, dass es funktionierende Beziehungen zur Union jenseits der Vollmitgliedschaft gibt. Die Anrainer profitieren — von einer Insel, die weder amerikanisch noch russisch noch chinesisch werden muss, um stabil zu bleiben.

Und die offene Frage, die bleibt? Wie Brüssel dieses Ergebnis kommunizieren wird. Die offizielle Reaktion war, so viel sickerte durch, „gedämpft“. „Gedämpft“ ist in der Sprache der EU-Diplomatie ein Wort, das zwischen Resignation und Wut liegt. Man wird das Votum nicht laut kommentieren, weil jedes laute Wort eine Einladung an jene wäre, die ohnehin nach dem Vorbild Islands ihre eigene Mitgliedschaft neu verhandeln wollen — und diesmal unter schlechteren Konditionen, wie der Blick auf jene Kandidaten zeigt, die auf Strukturfelder angewiesen sind.

Was an diesem Sonntag in Reykjavik sichtbar wurde, ist nicht das Versagen Europas. Es ist die Anatomie einer kleinen Macht, die aus der Mitte der europäischen Architektur jene Vorteile zieht, die sie braucht, und jene Zumutungen zurückweist, die sie nicht braucht. Wer darin ein Scheitern sieht, hat das Wesen dieses Modells nie verstanden. Und wer darin einen Brexit sieht, hat die Geschichte nicht gelesen.

Reykjavik hat nicht Nein gesagt. Reykjavik hat auf seine Art Ja gesagt — zur eigenen Position, zur europäischen Architektur, und zur höflichen Distanz, die in der europäischen Diplomatie die einzige Währung ist, die niemals abgewertet wird.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A280906_0911_03215.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DIE DRITTE REVOLUTION BEGINNT IM STILLEN

Ada Voss · 5. September · Dossier

Washington, Brüssel, die Drähte summen. Sie nennen es die dritte Revolution der Kriegführung — Schießpulver, Atom-

bombe, jetzt künstliche Intelligenz. Die ethischen Fragen sind nicht Beiwerk. Sie sind die Sache.

Anthropic weigerte sich, dem Pentagon seine KI für alle legalen Zwecke auszuliefern. Autonome Waffensysteme sollten tabu bleiben. Trump und Hegseth strafen das Unternehmen ab, Bundesbehörden und Pentagon-Zulieferer dürfen Claude nicht mehr nutzen. OpenAI unterschrieb den Deal — inklusive der Aufweichung jener Schranken. Sam Altman sprach von einer Möglichkeit.

In Brüssel wird gefeilt. Dänemark hat bis Ende 2025 die EU-Ratspräsidentschaft und macht die Chatkontrolle zur Priorität. Im Oktober könnte entschieden werden. Die CSAM-Verordnung will Kindesmissbrauch stoppen — so die offizielle Lesart. Das Mittel: Client-Side-Scanning direkt auf Nutzergeräten, KI-basiert. Eine Hintertür in jeder Verschlüsselung. Kritiker warnen vor hohen Fehlerquoten — Millionen Unschuldige könnten falsch beschuldigt werden. Fünfzehn EU-Staaten gelten als Befürworter.

Wer profitiert? Palantir. Die Software Maven verarbeitet Echtzeitdaten für die NATO. Vizeadmiral Thomas Daum erklärt offen, warum Deutschland sie national nicht einsetzt: Palantir-Mitarbeiter bedienen sie selbst. Wer die Software bedient, besitzt den Inhalt. Das ist kein technisches Detail, das ist Architektur der Macht.

Schwere Vorwürfe stehen im Raum: Palantir soll Waffen entwickelt, mit der CIA kooperiert und kompromittierende Informationen über globale Führungskräfte gesammelt haben. Dazu kommt die Möglichkeit, Nutzerdaten von Konzernen wie Facebook anzufordern. Kapazitäten wachsen, Datenschutz schrumpft.

Und Europol? Darf nun eigene Forschungs- und Innovationsprojekte durchführen. Mehr Macht, weniger Kontrolle im selben Tempo.

Drei Fragen bleiben offen: Wer haftet, wenn die KI irrt? Wer bezahlt den Preis — die Kinder, die geschützt werden sollen, oder jene, die in den Mühlen der Maschinerie zermalmt werden? Und wer kontrolliert am Ende die Algorithmen, die über Krieg und Frieden entscheiden?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260905_0331_03159.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Stahl für Kiew, Schecks aus Berlin

Oberstleutnant a.D. Hagen · 5. September · Dossier

Brüssel, 3. Dezember 2025. Die NATO einigt sich: Jeden Monat mindestens eine Milliarde US-Dollar für US-Rüstungsgüter, insgesamt bis zu 15 Milliarden. Abfangraketen, offensive Systeme. Rutte nennt es die bestmögliche militärische Lage für Kiew. Wade Phillips sieht keinen ernsthaften Verhandlungswillen in Moskau. Beide unterschreiben.

Deutschland macht mit. Zwei Pakete im Wert von 200 Millionen Dollar, rund 172 Millionen Euro — gemeinsam mit Polen, Norwegen und den Niederlanden. Plus 25 Millionen Euro in einen NATO-Fonds für Winterrüstung und medizinische Versorgung der ukrainischen Streitkräfte. Klingt nach humanitärer Zugabe. Ist Buchhaltung.

Die wahren Zahlen: 2024 genehmigte Berlin Rüstungsexporte in die Ukraine im Umfang von 8,2 Milliarden Euro. 2025 waren es zwei Milliarden. Einbruch um 75 Prozent — trotz ungebrochener Unterstützung. Über das PURL-Programm finanziert Berlin US-Waffenkäufe mit über 500 Millionen Euro. Die Bundesregierung spricht von verlässlicher Partnerschaft. Es ist der schrittweise Abschied von der direkten Lieferung — und der Einstieg in die Finanzierung amerikanischer Rüstungsfabriken.

Die Ukraine bleibt größter Empfänger: 4,4 Milliarden Euro, gefolgt von Norwegen, Ungarn und dem Vereinigten Königreich. Budapest passt ins Bild. Die Gesamtgenehmigungen stiegen von 8,36 Milliarden 2022 auf 12,13 Milliarden 2023, erreichten 2024 mit 12,8 Milliarden ihren Höchstwert. Verschieben, nicht gespart.

Unklar bleibt, wer in Washington profitiert. Patriot für Lockheed Martin. HIMARS für Raytheon. In Brüssel werden die Namen nicht verlesen.

Parallel kündigt Kanzler Merz bei einer Golfreise an, Waffenexporte nach Saudi-

Arabien, Katar und die Emirate zu erleichtern. „Aktion Aufschrei“ spricht von einem folgeschweren Fehler, verweist auf Menschenrechtsverletzungen und Weiterverbreitung in Krisenregionen. Die Kanzlerkanzlei hört zu und macht weiter.

Bestellt wird immer im Namen der Sicherheit. 1937 wie 2025. Das Wort ändert sich. Die Logik nicht.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260905_1315_03178.html

KRISEN & KONFLIKTE

HEGSETHS STILLER KRIEG: WENN DAS PENTAGON SICH SELBST ZERFRISST

Jack Morrison · 6. September · Dossier

Der Regen trommelt auf das Fenster meiner Redaktion wie ein Offizier, der dreimal klopft, bevor er seinen eigenen Posten aufgibt. Evelyn unten im Café singt etwas von verschwundenen Lieutenants. Ich habe Bourbon in der Schublade, eine Schreibmaschine vor mir und die Washington Post auf dem Schoß. Was ich dort lese, riecht nicht nach Schlachtfeld. Es riecht nach Korridor. Nach Macht, die sich nicht traut, offen zuzuschlagen.

Das Pentagon weist Berichte zurück. Pentagon weist Berichte zurück. Pentagon weist Berichte zurück. So klingt es, wenn man eine Sache drei Mal wiederholt, in der Hoffnung, die Wiederholung werde zur Wahrheit. Sprecher Sean Parnell schreibt auf X, man fordere „ehrliche militärische Beratung“. Ablehnende Stellungnahmen seien „gang und gäbe“. Der Verteidigungsminister sehe sie „ständig“. So führe man „ein echtes Militär“.

Ein echtes Militär. Wunderbar. Dann erklärt uns mal, warum ein „echtes Militär“ gleichzeitig vier Sterne-Generäle und Admirale in einem geheimen Lagepapier vom 14. August genau das aufschreiben lässt, was der Minister angeblich ständig liest: dass der Iran-Krieg zu viele Soldaten, Schiffe und Flugzeuge bindet. Dass die USA dort verwundbar werden, wo sie auf andere Krisen reagieren müssten. Dass der Einsatz bis 2027 gehen soll, als wäre Zeit nur eine rhetorische Figur.

Hier beginnt das, was die Jungen „die Diskrepanz“ nennen und die Alten einen Widerspruch. Der eine Bericht sagt: Hegseth ignoriert die Ratschläge seiner Top-Offiziere. Der andere sagt: Das Pentagon bestätigt solche „formellen Einwände“ – und macht weiter. Beide können nicht gleichzeitig wahr sein, außer man versteht Washington. Und Washington versteht man, indem man begreift, dass dort das Gegenteil einer Lüge nicht die Wahrheit ist, sondern eine andere Lüge mit besserem Timing.

Frank Kendall, ehemaliger Luftwaffenminister, sagt es deutlicher, als ich es je könnte. Im Pentagon herrsche ein „Klima der Armut“ – Verzeihung, ein „Klima der Angst“. Die Menschen hätten Angst, etwas zu sagen, das nicht erwünscht sei. Mehr als zwei Dutzend ranghohe Offiziere seien „ohne Grund“ aus ihren Ämtern entfernt worden. „Undenkbar“, sagt Kendall. Eine „Hexenjagd“ auf alle, die als zu „woke“ gelten.

Man muss kein Römer sein, um die Parallele zu sehen. Man muss nur wissen, dass jede Armee, die ihre Offiziere nach Loyalität sortiert statt nach Eignung, früher oder später auf dem Schlachtfeld aussortiert wird. Und wenn die Quellen sich widersprechen – der eine sagt, der Krieg eskaliere, der andere sagt, er eskaliere nicht –, dann heißt das nicht, dass beide lügen. Es heißt, dass die Lage unbestimmt ist, und genau das ist die Gefahr. Eine unbestimmte Lage ist eine Lage, in der Dinge geschehen, ohne dass jemand sie geplant hat. Und dann sind es nicht mehr die Generäle, die entscheiden. Sondern die Schiffingenieure, die Köche und die Sanitäter. Die, die übrig sind.

Die Marine ist besonders betroffen. Admiral Daryl Caudle, ranghöchster Offizier der US-Marine, erklärt in Norfolk, die Seeleute seien „sehr belastet“. Verlängerungen lehne er „normalerweise entschieden ab“. Aber der Gegner habe „ein Wort mitzureden“. Das ist der Satz eines Mannes, der weiß, dass er bereits verloren hat, bevor er den Mund aufgemacht hat. Im Pazifik fehlt Schlagkraft, weil Schiffe und Flugzeuge im Nahen Osten sind. Ein Flugzeugträger, mehrere Zerstörer – nicht dort, wo man China abschrecken will, sondern dort, wo man sich selbst aufreißt.

Die 82. Luftlandedivision verlängert ihren Einsatz auf ein Jahr. Soldaten, die wussten, dass sie nach Hause gehen, gehen nicht nach Hause. Der Apparat verwaltet – Kendall nennt es „die Züge fahren weiter“ –, aber er führt nicht. Armeeminister Dan Driscoll ist zurückgetreten. Sein designierter Nachfolger hat nicht die nötigen Stimmen im Senat. Das Pentagon hat keinen bestätigten Stabschef. Das Pentagon hat keinen bestätigten Minister der Teilstreitkraft. Dafür hat es einen Sekretär, der die Generäle gefeuert hat, die ihm widersprochen haben.

Wer profitiert? Das ist die Frage, die ich mir stelle, wenn Evelyn aufhört zu singen und der Bourbon zu warm wird. Wer profitiert von einem Pentagon, das seine eigene Expertise nicht mehr hört? Wer profitiert von Generälen, die schweigen, weil Schweigen Karrieren rettet? Wer profitiert von einer Marine, die ihre Flugzeugträger dorthin schickt, wo sie nicht gebraucht werden, damit man sie nicht dorthin schicken kann, wo sie gebraucht würden?

Die offizielle Antwort lautet: niemand. Es sei ein Übergang. Eine Phase. Ein vorübergehendes Tief. Aber ich habe in meinem Leben viele vorübergehende Tiefs gesehen. Die meisten von ihnen waren die Vorhöfe von Kriegen, die niemand gewollt hat und alle verloren haben.

Ich sage es so, wie ich es schreibe: Das Pentagon hat in dieser Woche nicht widersprochen, weil die Wahrheit bequemer ist als die Lüge. Es hat widersprochen, weil die Wahrheit den Rücktritt des Ministers bedeuten würde. Und der Minister sitzt dort, weil er das Pentagon nicht versteht – sondern weil er verstanden hat, wem er gehören muss.

Unklar bleibt, wer in dieser Konstellation noch den Hebel zieht, wenn die Iran-Front bricht. Unklar bleibt, welche Befehle am 14. August wirklich gegeben wurden. Unklar bleibt, welche Befehle am nächsten 14. August gegeben werden.

Was klar bleibt: In jedem Imperium, das ich studiert habe – und ich habe sie alle studiert, von Rom bis gestern –, klingt der Untergang nicht wie eine Explosion.

Er klingt wie ein Sprecher, der auf X tippt: „So führt man ein echtes Militär.“

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_1712_03225.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Selektive Gnade — wer die Fed zurücknimmt, wen sie hält

Ezra Wolff · 7. September · Dossier

Die Bücher sind nie ausgeglichen gewesen. Nicht 1929, nicht heute. Sie waren nie ein Versehen. Sie waren Adressen — und Adressen werden nicht von Rechenmeistern vergeben, sondern von einem Choreografen in Washington, der die Schritte so setzt, dass das System weiter tanzt.

Anfang September hat die Federal Reserve Board getan, was sie am besten kann: Sie hat eine Tür aufgemacht und eine andere zugeschlagen. United Texas Bank aus Dallas — freigelassen. Die cease-and-desist-Order datierte auf den 29. August 2024, beerdigt am 2. September 2026. Quontic Bank Acquisition Corp. und Quontic Bank Holdings Corp., beide in Astoria, New York — ebenfalls freigelassen. Die zugrundeliegende Vereinbarung stammte aus dem Juli 2023. Drei Adressen, gewaschen, zurück in den Kreis.

Und dann die andere Seite: SouthPoint Bancshares, Inc. bekommt eine neue enforcement action. Wird an die Kandare genommen, während die einen sich die Hände reiben dürfen. Parallel, fast beiläufig platziert, die Meldung über Deutsche Bank AG, DB USA Corporation und die Deutsche Bank AG New York Branch — deren enforcement action wird ebenfalls beendet. Ein Institut, dessen Name allein Bände spricht. Auch sie ist zurück im Spiel.

Man darf das nicht als eine Sammlung von Einzelentscheidungen lesen. Es ist eine Tanzkarte. Wer zur Musik gehört, weiß die Fed. Wer nicht, lernt die Musik neu — oder hört auf zu spielen.

Die Frage ist nicht, ob United Texas oder Quontic "sauber" sind. Sauber ist ein Wort für Sonntagsreden. Die Frage ist, wer gerade gebraucht wird. United Texas hatte ein BSA/AML-Profil, das der Bankenaufsicht Sorgen machte — Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, kein Kavaliersdelikt. Quontic fiel mit Krypto-Compliance auf,

auch das ist kein Nichts. Beide sind nun wieder im System. SouthPoint weiß, was es heißt, wenn die Fed nicht nur das Urteil spricht, sondern den Takt vorgibt. SouthPoint ist die Warnung an die anderen.

Und das System lässt Blut zu. Die Fed genehmigt Anträge von National Westminster Bank Plc, von Coastal Bend Bancshares Inc., von FS Bancorp Inc., von Banco Santander S.A. und Santander Holdings USA Inc. Keine Bittsteller mehr. Akteure, die bereits auf der Tanzfläche stehen. NatWest mit britischem Erbe und globalem Geld. Santander mit iberischem Gewicht. Coastal Bend und FS Bancorp — regional, aber genehmigt. Das System erweitert sich. Aber es erweitert sich nicht für jeden. Es erweitert sich nur für die, die es bereits kennt.

Die selektive Gnade hat eine Grammatik. Sie folgt nicht der Schwere des Verstoßes. Sie folgt der Nützlichkeit. Wer gebraucht wird, wird freigelassen. Wer nicht gebraucht wird, wird neu vermessen. Wer zu klein ist, um zu stören, und zu groß, um ignoriert zu werden, bekommt eine neue Order. So bleibt das System in Bewegung, ohne dass es je aus dem Takt gerät.

Was die Fed nicht sagt, ist lauter als das, was sie in ihre Pressemitteilungen schreibt. Sie schreibt keine Pressemitteilung über die Motive. Sie schreibt Termine. Anfänge und Enden. Sie schreibt Adressen.

Ein Bankier, dessen Tür aufgeht, fragt nicht warum. Er geht durch. Ein Bankier, dessen Tür zugeschlagen wird, fragt auch nicht. Er dreht sich um und lernt, was die Fed ihm beigebracht hat — Geduld, Demut, Ergebenheit.

Die Fed sortiert. Sie heilt nicht. Sie verteilt keine Gerechtigkeit. Sie verteilt Zugang. Zugang zu Refinanzierung, zu Akzeptanz am Markt, zu jenem konstruierten Vertrauen, das ohnehin nur denen gewährt wird, die es bereits besitzen. Wer Zugang hat, hat Kapital. Wer Kapital hat, hat Macht. Und wer Macht hat, schreibt die nächste Musik.

In dieser Woche hat die Fed drei Freibriefe ausgestellt, eine neue Order verhängt und vier Genehmigungen erteilt. Sie hat keinen einzigen Schritt gegen Institute angekündigt, die in den Bilanzen dieses Landes die schwereren Gewichte tragen. Das Muster

ist so alt wie die Federal Reserve selbst. Es ist das Muster von 1929, von 2008, von jedem Moment, in dem das System sich sortiert, die Schwächeren herausfallen lässt und die Nützlichen wieder einsammelt.

Die Bücher sind nicht ausgeglichen. Sie waren nie ein Versehen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260907_1723_03268.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 11. September 2026 von selbst. Aus 428 Stücken der Woche vom 5.–11. September 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert und redaktionell verantwortet. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.